

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FG/052(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch, 22.11.2006	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	20:50Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift vom 25.10.2006

- 3 Beschlussvorlagen und Informationen**
- 3.1 Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Entwicklungsmaßnahme
"Rothensee" mit Stand vom 30.06.2006
Vorlage: DS0437/06
BE: FB62; 17:20 Uhr
- 3.2 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe als Finanzierung der
Grundausstattung der Dauerausstellungen im KHM/MfN
Vorlage: DS0500/06
BE: FB41
- 3.3 Bericht zur Umsetzung der DS0596/05 (Ermächtigung zur
Kreditablösung...) in Verbindung mit der DS0573/05
(Konzessionierung)
Vorlage: I0214/06
BE: FB02; 17:45 Uhr

- 3.4 Überplanmäßige Ausgaben für Zins- und Tilgungsleistungen im Jahre 2006
Vorlage: DS0307/06
BE: FB02; 17:55 Uhr

6 Beschlussvorlagen und Informationen

- 6.1 Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007
Vorlage: DS0382/06
BE: FB02; 19:20 Uhr
- 6.2 Jahresabschluss 2005 der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG)
Vorlage: DS0447/06
BE: FB02
- 6.3 Beteiligungsbericht 2006
Vorlage: DS0460/06
BE: FB02
- 6.4 Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.09.2006
Vorlage: I0305/06
BE: FB02
- 6.5 Entgeltordnung der Gruson-Gewächshäuser Magdeburg
Vorlage: DS0252/06
- 6.5.1 Entgeltordnung der Gruson-Gewächshäuser Magdeburg
Vorlage: DS0252/06/1
BE: Dez. IV (Team - G); 20:20 Uhr
- 6.6 Entgelt- und Nutzerordnung für das Internationale Jugendbegegnungszentrum Barleber See
Vorlage: DS0313/06
BE: Amt 51; 20:30 Uhr
- 6.7 Verschiedenes

7 Anträge

- 7.1 Realisierung eines Jugendfestivals
Vorlage: A0111/06
- 7.1.1 Realisierung eines Jugendfestivals
Vorlage: S0147/06
BE: Amt 51; 20:40 Uhr

- 7.2 Schülerbeförderungskosten für Schülerinnen und Schüler in besonderen sozialen Lagen
Vorlage: A0073/06
- 7.2.1 Schülerbeförderungskosten für Schülerinnen und Schüler in besonderen sozialen Lagen
Vorlage: S0172/06
BE: FB40; 20:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Vertreter

Stadträtin Claudia Szydzick

Vertreterin für Herrn Schindehütte

Protokoll

Frau Michaela Paetsch

Abwesend

Stadtrat Gunter Schindehütte

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind 9 Stadträte anwesend. Stadtrat Schindehütte wird von Frau Szydzick vertreten. **Herr Bromberg** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Den Stadträten wird zur heutigen Sitzung ein Änderungsantrag (DS0252/06/1) des Kulturausschusses zum TOP 6.5 und die „DS0500/06 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe als Finanzierung der Grundausrüstung der Dauerausstellungen im KHM/MfN“ ausgereicht.

1.1. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung lag den Stadträten rechtzeitig vor.

Bezüglich der heute vorgelegten Tischvorlage (DS0500/06) merkt **Herr Stern** an, dass Tischvorlagen lt. Geschäftsordnung grundsätzlich nicht zulässig sind.

Herr Westphal merkt an, dass es sich um ein neues Projekt des Museums handelt, so dass es sich also um keine üpl-Ausgabe handeln dürfte. Im übrigen ist er der Auffassung, dass die Drucksache zunächst im Kulturausschuss behandelt werden sollte.

Herr Meinecke ist dafür, dass die Drucksache heute zumindest durch Herrn Korb eingebracht werden sollte. Die abschließende Beratung der Drucksache kann dann in der nächsten Sitzung erfolgen.

Frau Meinecke merkt an, dass die nächste Sitzung des Kulturausschusses planmäßig erst am 13. 12. 2006 stattfindet.

Herr Korb erläutert, dass eine Behandlung auch in einer späteren Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses erfolgen kann, soweit dies haushaltsrechtlich möglich ist.

Herr Zimmermann ergänzt, dass die Ausgabe in diesem Jahr noch kassenwirksam werden muss, wenn zur Drucksache ein entsprechender Beschluss des Finanz- und Grundstücksausschusses erfolgt.

Herr Korb führt aus, dass nach einer Beschlussfassung zur Drucksache noch während der laufenden Ausstellung mit der Auftragsvergabe begonnen werden muss, um die Kassenwirksamkeit in diesem Jahr zu gewährleisten.

Herr Stern ist der Auffassung, dass die Drucksache erst in den Kulturausschuss überwiesen werden sollte, bevor sich der Finanz- und Grundstücksausschuss damit befasst.

Nach umfassender Diskussion kommen die Stadträte schließlich einstimmig überein, dass die Drucksache als TOP 3.2 in die heutige Tagesordnung aufgenommen wird, ohne jedoch abschließend darüber zu beraten.

Des Weiteren weist **Herr Bromberg** daraufhin, dass die *DS0307/06* (TOP 4.1 der Einladung) *im öffentlichen Teil behandelt* werden muss, so dass dieser *als TOP 3.4* in der heutigen Sitzung

beraten wird. Darüber hinaus erläutert er, dass der Antrag **A0111/06 und** die zugehörige Stellungnahme **S0147/06** (TOP 7.1 und TOP 7.1.1 der Einladung) **im Kulturausschuss vertagt** wurden, so dass eine Behandlung in der heutigen Finanz- und Grundstücksausschusssitzung nicht erfolgt.

Frau Meinecke fragt nach, warum die Änderungsanträge zur Hundesteuersatzung (DS0382/06), die in den anderen Ausschüssen gestellt wurden, zur heutigen Sitzung nicht vorliegend sind.

Auf Nachfrage von **Herrn Bromberg** bestätigt **Frau Paetsch**, dass diese dem geschäftsführenden Fachbereich nicht zugeleitet wurden.

Herr Zimmermann erwidert, dass Frau Daniel zu den Änderungsanträgen aber grundsätzlich aussagefähig ist.

Herr Schoenberner weist des Weiteren daraufhin, dass die „DS0442/06 Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2005“ (TOP 4.5 der Einladung) im Rechnungsprüfungsausschuss vertagt wurde.

Herr Bromberg macht den Vorschlag, dass man diese Drucksache heute dennoch in der 1. Lesung behandeln sollte.

Herr Stern unterstützt diesen Vorschlag nicht, da der Oberbürgermeister selbst erklärt hatte, dass die Behandlung auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann.

Herr Zimmermann macht den Vorschlag die Drucksache auf die Tagesordnung für die Finanz- und Grundstücksausschusssitzung am 06. 12. 2006 aufzunehmen.

Die Stadträte unterstützen diesen Vorschlag, so dass eine Behandlung der Drucksache DS0442/06 am 06. 12. 2006 erfolgt.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Der geänderten Tagesordnung wird mit 9 – 0 – 0 zugestimmt.

1.2. Genehmigung der Niederschrift vom 25.10.2006

Die Niederschrift vom 25. 10. 2006 wird mit 7 – 0 – 2 bestätigt.

3. Beschlussvorlagen und Informationen

3.1. Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Entwicklungsmaßnahme
"Rothensee" mit Stand vom 30.06.2006
Vorlage: DS0437/06

Die Drucksache DS0437/06 wurde gemeinsam mit der I0304/06 unter TOP 2.1 behandelt.

- 3.2. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe als Finanzierung der Grundaussstattung der Dauerausstellungen im KHM/MfN
Vorlage: DS0500/06
-

Herr Korb gibt eine kurze Einführung in die Drucksache und erläutert, dass man nach Beendigung des 2. Bauabschnitts die Räume mit neuen Ausstellungsstücken ausstatten will. In diesem Zuge werden einige Bereiche leergezogen, wo man sich dann neu präsentieren kann.

Des Weiteren führt **Herr Korb** aus, dass man gerade nach dem großen Erfolg der jetzigen Ausstellung, bei der man am Ende ca. 200.000 Besucher verzeichnet haben wird, die Räume nicht leer stehen lassen will. Aus diesem Grund sei die Anschaffung einer Grundaussstattung insbesondere für das Naturkundemuseum notwendig, um für die Folgejahre eine gewisse Grunddauerausstellung gewährleisten zu können.

Herr Bromberg ist der Auffassung, dass man aus den Mehreinnahmen, die man aus der jetzigen Ausstellung erzielt habe, doch auch die Ausgaben für die Anschaffung dieser Grundaussstattung hätte finanzieren können.

Frau Meinecke fragt nach, was passiert, wenn die Ausgaben in diesem Jahr nicht mehr kassenwirksam werden und ob dies dann bedeutet, dass es keine Ausstellung geben wird.

Herr Korb führt aus, dass man dann ggf. alte Bestände aus dem Magazin des Museums entnehmen müsste, um eine weitere Ausstellung gewährleisten zu können.

Herr Westphal macht deutlich, dass er bei den aufgeführten Gegenständen, die jetzt neu beschafft werden soll, kein schlüssiges Gesamtkonzept erkennen kann und führt als Beispiel die Beschaffung der Winterreifen an.

Herr Korb erwidert, dass man diese dafür benötigt, um einen vernünftig ausgestatteten Fahrzeugpark für anfallende Transporte zu gewährleisten.

Frau Meinecke erinnert nochmals daran, dass der Kulturausschuss erst am 13.12.2006 seine nächste reguläre Sitzung hat. **Aus diesem Grund kommen die Stadträte überein, dass die nächste Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses am 06. 12. 2006 gemeinsam mit dem Kulturausschuss stattfindet und diese dann bereits um 16:30 Uhr beginnt.**

- 3.3. Bericht zur Umsetzung der DS0596/05 (Ermächtigung zur Kreditablösung...) in Verbindung mit der DS0573/05
(Konzessionierung)
Vorlage: I0214/06
-

Herr Bromberg stellt mit Bezug auf die Anlage 1 fest, dass ursprünglich mal ein Erlös von 40 Mio. EUR geplant wurde, von dem wir jetzt 37,9 Mio. EUR erzielt haben. Der Differenzbetrag hat aus seiner Sicht somit Bezug zur anschließenden Drucksache.

Herr Zimmermann bestätigt dies, verweist jedoch auf die indirekt mit der Veräußerung verbundenen Effekte und erläutert, dass in der Information beschrieben wird, wie sich die Einnahmesituation im Rahmen der Privatisierung SAM positiv für den Haushalt abzeichnet.

Nach kurzer Diskussion wird die Information von der Stadträten zur Kenntnis genommen.

- 3.4. Überplanmäßige Ausgaben für Zins- und Tilgungsleistungen im
Jahre 2006
Vorlage: DS0307/06
-

Im Anschluss an die Diskussion zur I0214/06 stellt **Herr Bromberg** die Drucksache DS0307/06 zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

6. Beschlussvorlagen und Informationen

- 6.1. Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007
Vorlage: DS0382/06
-

Herr Stern möchte wissen, ob man erkennen kann, wie sich die Altersstruktur der Hundebesitzer zusammensetzt.

Frau Daniel erläutert, dass ab dem Jahr 2000 auf diese Daten zurückgegriffen werden kann, danach ergibt sich folgende Zusammensetzung:

bis 25 Jahre:	677 Hundebesitzer
bis 50 Jahre:	3.202 Hundebesitzer
über 50 Jahre:	1.460 Hundebesitzer

Herr vom Baur erklärt, dass bei den Kontrollen vor allem die 20- bis 35-jährigen Hundebesitzer auffällig seien. Aktuell habe man ca. 11.000 angemeldete Hunde, was zeigt, dass die Dunkelziffer in den letzten Jahren erheblich aufgehellt werden konnte. Bei den Kontrollen wird allerdings oft behauptet, dass der Hund nicht in Magdeburg gehalten wird.

Herr Stern bittet um Auskunft, wie viele der 11.000 Hunde als 2.-Hunde gehalten werden.

Frau Daniel erklärt, dass 530 Hunde als 2.-Hunde und 38 Hunde als 3.-Hunde angemeldet sind.

Herr Meinecke möchte wissen, ob es möglich ist, dass die in Magdeburg gemeldeten Bürger ihre Hunde auch irgendwo anders anmelden können.

Frau Daniel macht deutlich, dass für eine Anmeldung in einer anderen Gemeinde ein dortiger Wohnsitz bestehen muss.

Herr Meinecke kritisiert, dass in der Drucksache dargestellt wird, dass die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Hundesteuer nicht zur Erhöhung der Sauberkeit sondern zur Haushaltssanierung eingesetzt werden sollen. Im übrigen kann er die drastische Erhöhung der Hundesteuer für den 1.-Hund nicht nachvollziehen. Auch eine Reduzierung der Hunde kann auf diese Weise in der Praxis nicht erreicht werden. Des Weiteren kritisiert er die Ermäßigungen für Jagdhunde, da er der Auffassung ist, dass Besitzer solcher Hunde nicht mittellos sind, wenn sie sich ein solches Hobby leisten können.

Herr Czogalla erklärt, dass die Hundesteuer eine Aufwandssteuer sei und der Einnahmeerzielung diene. Zweck der Hundesteuer ist es somit die Hundebesitzer an den Kosten

der Stadtentwicklung zu beteiligen und eine Ordnungswirkung zu erzielen. Des Weiteren stellt er die historische Entwicklung der Hundesteuer dar und macht deutlich, dass diese erstmals bei den Preußen als Luxussteuer eingeführt wurde und primär der Einnahmeerzielung diene.

Herr Westphal stellt dar, dass die Hundesteuer von derzeit 5,50 EUR auf 8,00 EUR pro Monat erhöht wird. Ein Hund mittlerer Größe hat seiner Schätzung nach einen täglichen Futterbedarf von ca. 2,00 EUR, das macht im Monat ca. 60 bis 70 EUR. Von diesem Betrag entfallen lediglich 8,00 EUR auf die Hundesteuer. Im übrigen ist auch er der Auffassung, dass es für Jagdhunde keine Ermäßigungen geben sollte.

Frau Daniel erläutert, dass für die Jagdhunde eine Ermäßigung in die Satzung aufgenommen wurde, da deren Besitzer u. a. auch ordnungspolitische Aufgaben unentgeltlich wahrnehmen.

Herr Stern macht den Vorschlag unter Beachtung der Dunkelziffer von ca. 3.000 nicht gemeldeten Hunden, für alle jene Bürger, die ihre Hunde noch bis zum 01.01.2007 anmelden, die alte Hundesteuer zu erheben.

Frau Daniel führt aus, dass eine Erhebung unterschiedlicher Steuersätze eine Ungleichbehandlung bedeuten würde, die vor Gericht ggf. anfechtbar wäre. Im übrigen seien die 96 EUR Hundesteuer zu wenig, um eine Lenkungswirkung in der Richtung zu erzielen, dass weniger Hunde gehalten werden. In Ergänzung zu ihren bisherigen Ausführungen, macht sie im Hinblick auf mögliche Änderungsvorschläge deutlich, dass die Hundesteuer nach Möglichkeit durch 12 teilbar sein sollte, da dies die Handhabung der Kassenautomaten erleichtert.

Herr Bromberg berichtet, dass die Sandkästen in der Stadt alle ¼ Jahr komplett gereinigt werden müssen.

Frau Meinecke ist der Auffassung, dass man die Rasseliste des Innenministeriums in die Hundesteuersatzung mit aufnehmen sollte.

Frau Daniel führt an, dass man bei den Angaben zur Rasse immer auf die Ehrlichkeit der Bürger angewiesen sei.

Herr Meinecke bittet um Auskunft wie viele Vollzugsbeamte für die Kontrollen eingesetzt werden.

Herr vom Baur erklärt, dass 40 Vollzugsbeamte im Einsatz sind, die allerdings auch andere Aufgaben wahrnehmen. Die überwiegende Anzahl davon sei männlich.

Herr Czogalla spricht sich dagegen aus, die Rasseliste des Innenministeriums in die Satzung mit aufzunehmen. Denn so lange im Land keine gesetzliche Regelung existiert, sei dies rechtlich immer etwas problematisch.

Herr Bromberg merkt an, dass die Rasseliste aus dem Land Hessen bereits gerichtlich abgeprüft und für unanfechtbar erklärt wurde.

Herr vom Baur macht darauf aufmerksam, dass in vielen Fällen die Tierärzte gar nicht in der Lage wäre, eine eindeutige Feststellung der Hunderasse durchzuführen. Die Erfahrungen aus den anderen Städten zeigen im übrigen, dass dies nur zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand führt, ohne tatsächlich entsprechende Resultate hervorbringen. Im übrigen sei auch aus ordnungspolitischer Sicht keine Rasseliste erforderlich, da es bisher lediglich zu 46 Beißvorfällen unter Hunden gekommen ist.

Herr Meinecke bittet darum, die Erfahrungen aus der Änderung der Hundesteuersatzung (bei einem entsprechenden Beschluss) im nächsten Jahr nochmals im Finanz- und Grundstücksausschuss auszuwerten. Dies wird ihm von Seiten der Verwaltung zugesagt.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 3 – 3 – 3 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

6.2. Jahresabschluss 2005 der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG)
Vorlage: DS0447/06

Herr Westphal verlässt um 20:10 Uhr die Sitzung.

Da zur Drucksache keine weitere Diskussion gewünscht wird, wird diese von **Herrn Bromberg** direkt zur Abstimmung gestellt.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

6.3. Beteiligungsbericht 2006
Vorlage: DS0460/06

Herr Bromberg verlässt die Sitzung kurzzeitig und **Frau Meinecke** übernimmt die Leitung für diese Zeit.

Die Drucksache wird dem Stadtrat ohne weitere Diskussion mit 7 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

6.4. Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.09.2006
Vorlage: I0305/06

Herr Stern möchte wissen, wie sich das aktuelle Haushaltsdefizit darstellt.

Herr Czogalla und **Herr Hartung** führen aus, dass es aufgrund der Risiken aus Hartz IV zum Jahresende möglich wäre, dass das Defizit ansteigt.

Die Information wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

6.5. Entgeltordnung der Gruson-Gewächshäuser Magdeburg
Vorlage: DS0252/06
6.5.1. Entgeltordnung der Gruson-Gewächshäuser Magdeburg
Vorlage: DS0252/06/1

Frau Meinecke berichtet, dass der Kulturausschuss die Drucksache mit 6 – 0 – 0 mit einem Änderungsantrag zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Herr Dr. Buchmann führt aus, dass das Entgelt seit vielen Jahren nicht mehr erhöht wurde.

Herr Meinecke fragt nach, wie der Punkt 3 der Anlage 2 zu verstehen sei.

Herr Dr. Buchmann erläutert, dass neben dem normalen Eintrittspreis für jede Führung pro Person ein zusätzliches Entgelt erhoben wird.

Herr Bromberg möchte wissen, ob es eine Obergrenze für die Gruppengröße einer Führung gibt. Dies wird von **Herrn Dr. Buchmann** verneint, man achte aber darauf, dass die Gruppe nach Möglichkeit nicht mehr als 20 Personen umfasst.

Herr Bromberg stellt daraufhin den Änderungsantrag (DS0252/06/2), den Punkt 3 der Anlage 2 wie folgt zu ergänzen:

3. Führungen (ca. 90 Minuten) pro Gruppe
mit max. 20 Personen

Der Änderungsantrag DS0252/06/2 wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** den Änderungsantrag des Kulturausschusses zu Abstimmung.

Der Änderungsantrag DS0252/06/1 wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen

Die geänderte Drucksache wird dem Stadtrat ebenfalls mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 6.6. Entgelt- und Nutzerordnung für das Internationale
Jugendbegegnungszentrum Barleber See
Vorlage: DS0313/06
-

Frau Wübbenhorst informiert darüber, dass der Jugendhilfeausschuss die Drucksache zur Beschlussfassung empfohlen hat. Der KRB hat die Drucksache ebenfalls mit 4 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen..

Herr Stern ist der Auffassung, dass man die Auslastung, die derzeit bei 60% liegt, weiter erhöhen müsste. Problematisch sei allerdings, dass dort keine Versorgung gewährleistet werden kann. Bezüglich der angeführten Parkplätze bittet er um Auskunft, ob es sich dabei um PKW-Parkplätze handelt. Dies wird von **Frau Pawletko** bestätigt.

Herr Bromberg möchte wissen, ob der Neubau an 365 Tagen nutzbar sei und ob die Ausleihgebühr für Fahrräder in Höhe von 2,00 EUR pro Tag erhoben wird. Beides wird von **Frau Pawletko** bestätigt.

Des Weiteren erläutert **Frau Pawletko**, dass man bereits an verschiedenen Konzeptionen zur Erhöhung der Auslastung durch die Gestaltung besonderer Angebote arbeite. Im übrigen ist auch die Gestaltung eines entsprechenden Internetauftritts in Planung, um so verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Problematisch dabei sei allerdings, dass man lediglich eine einzige Personalstelle vor Ort zur Verfügung hat. Man plane aber, die Angebote über eine ABM-Stelle entsprechend zu erweitern, um mehr Kinder erreichen zu können.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

6.7. Verschiedenes

7. Anträge

7.1. Realisierung eines Jugendfestivals

Vorlage: A0111/06

7.1.1. Realisierung eines Jugendfestivals

Vorlage: S0147/06

Die Behandlung des Antrages und der zugehörigen Stellungnahme wurde vertagt.

7.2. Schülerbeförderungskosten für Schülerinnen und Schüler in besonderen sozialen Lagen

Vorlage: A0073/06

7.2.1. Schülerbeförderungskosten für Schülerinnen und Schüler in besonderen sozialen Lagen

Vorlage: S0172/06

Frau Meinecke berichtet von den Abstimmungsergebnissen im Gesundheits- und Sozialausschuss sowie im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport.

Gesundheits- und Sozialausschuss: 1 – 2 – 2

Ausschuss für Bildung, Schule und Sport: 4 – 2 – 1

Frau Andrae gibt eine kurze Erläuterung zu der Stellungnahme und bittet anschließend um die Änderung einer Zahl in der vorliegenden Stellungnahme. Auf Seite 2 unter Punkt 4 muss es heißen: „... In Magdeburg sind **45.898** Personen ALG II – Empfänger nach SGB II ...“. Des Weiteren erläutert sie, dass es derzeit für die Vergabe von Schülerfahrkarten keine sozialen Kriterien gibt. Wer anspruchsberechtigt ist, bekommt die Karte, unabhängig von der finanziellen Situation. Die Schülerfahrkarten werden pauschal vergeben.

Der Antrag A0073/06 wird von den Stadträten mit 3 – 4 – 1 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Stellungnahme S0172/06 wird zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg
Vorsitzende/r

Michaela Paetsch
Schriftführer/in